

Laube-Zeitung

Dreihundfünfundvierzigster Jahrgang.

Bezugspreis
des Monats 1.00 Mark, vierteljährlich
4.00 Mark, durch die Post 4.50 Mark
Zustellungsgebühr. Bestellungen
werden von allen Zeitungs-
stellen ausgenommen. In
sonstigen Zeitungsverzeichnissen unter
Bezeichnung eingegangener Blätter
ist keine Gewähr übernommen.
Der Preis für den Abdruck von
Anzeigen ist nach dem
Bezugssatz Nr. 1140,
der Preis für den Abdruck von
Anzeigen ist nach dem
Bezugssatz Nr. 1142,
der Preis für den Abdruck von
Anzeigen ist nach dem
Bezugssatz Nr. 1140.

Nr. 299a.

Halle, Montag, den 30. Juni.

1919.

Zwei Noten Clemenceaus.

WTB. Versailles, 28. Juni. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz, Clemenceau, richtete heute folgende Noten an den Gesandten von Danzig:

Paris, 27. Juni 1919.

Herr Vorsitzender!

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Delegation bezüglich des Abkommens über die Weimaraner vom 27. Juni geprüft, sie nehmen davon Anstoß, daß die deutsche Delegation die Vollmacht zur Unterzeichnung dieses Abkommens am schiefsten Datum erhalten wird. Sie haben nicht dagegen einzumenden, daß nach der Unterzeichnung Verhandlungen angesetzt werden, um zum Vorteil der Interessen der verschiedenen Teile eine Anzahl Fragen zu regeln, welche von der deutschen Delegation aufgeworfen werden können.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, die Zusicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

(ges.) Clemenceau.

Paris, 27. Juni 1919.

Herr Vorsitzender!

Ich habe die Ehre, Ihnen die förmliche Zusicherung zu geben, daß der gebrauchte Wortlaut des Friedensvertrages, welcher den deutschen Bevollmächtigten gleichzeitig mit dem Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Mächte zur Unterzeichnung vorgelegt werden wird, in allen Punkten mit dem Wortlaut identisch ist, welcher am 21. Juni 1919 Ihnen überreicht wurde, abgesehen von den Korrekturen, deren Richtigkeit am 24. Juni festgestellt wurde, und von den Abänderungen, welche in der Note der Bevollmächtigten vorgenommen werden mußten.

Beiliegend beehre ich mich, Ihnen ein Exemplar des Textes des Friedensvertrages und der beiden Dokumente, welche ihn ergänzen, das heißt Protokoll und Abkommen bezüglich des Weimaraner abzugeben zu lassen. Dieselbe Karte werden mit denselben Signaturren, Formen und Lettern gedruckt, wie die für die Unterzeichnung bestimmten Instrumente.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(ges.) Clemenceau.

Eine deutsche Note über die Kriegsgefangenen.

WTB. Versailles, 28. Juni. Gesandter von Danzig richtete heute folgende Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau:

Herr Präsident!

Im Auftrag des Reichsministers des Auswärtigen beehre ich mich, Euer Excellenz folgendes mitzuteilen: Unter Hinweis auf den Schlussatz des Artikels 6 des Ersten Zusatzprotokolls vom 20. Mai dieses Jahres wegen der Unterzeichnung der Kriegsgesangen, und auf den Teil 6 der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen bittet die deutsche Regierung um eine tunlichst baldige Erklärung wann, wo und in welcher Zusammenkunft der Zusammentritt der im Artikel 21 Absatz 1 des Friedensvertrages vorgesehenen Kommission in Aussicht genommen ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(ges. von Daniel.

Englands Zensur.

WTB. St. John, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Laur "Don Daglight Alleghany" ist in diesen Tagen die erste Waise für Schweden in St. John eingetroffen, die nicht von England jenseit worden war. Es soll sich jedoch nur um Pakete handeln. In Bezug auf die Briefpost behält sich England vorläufig noch das Recht der Zensur vor.

Der Streit um den Kaiser.

WTB. Amsterdam, 29. Juni. (Drahtnachricht.) "Chicago Tribune" schreibt: Seit Beginn der Konferenz waren die Amerikaner fortwährend gegen die Anwesenheit des Kaisers und gegen seine Beurteilung, weil kein Mittel besteht, um diesen Prozess auf geschlossene Weise zu führen, und weil man nicht aus dem früheren Kaiser einen Märrter machen und die monarchistische Bewegung in Deutschland unterdrücken will. Dem genannten Blatte zufolge haben sich auch Frankreich und Belgien zu diesem Standpunkt bekannt. Das Blatt glaubt auch nicht, daß man die deutschen Offiziere, deren Anwesenheit im Vertrage verlangsamt wird, verurteilen wird.

Deutsche Torpedoboote an Antwerpen geliefert.

WTB. Rotterdam, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Der "Nieuwe Rotterdamse Courant" meldet aus Antwerpen: In Antwerpen sind gestern elf Torpedoboote sowie andere Schiffe der deutschen Kriegsmarine, die bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes...

Solland gebracht worden waren, dort angekommen. Sie wurden von einem Vertreter der belgischen Regierung übernommen.

Der Entente-Wirtschaftsrat bleibt bestehen.

WTB. Paris, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Neuer meldet: Der Rat der Drei hat beschlossen, daß der oberste Wirtschaftsrat in abgeänderter Form weiter bestehen soll, die Organisation aufrechtzuerhalten, und als Bindeglied zwischen den verschiedenen Alliierten zu dienen.

Der Protest des Generals Smuts.

WTB. Versailles, 28. Juni. Laut "Times" veröffentlicht General Smuts eine Erklärung, die über seine von dem Neutralen Bureau gemachten Bemerkungen hinaus noch besagt: Der Friedensvertrag habe den erhofften Frieden nicht gebracht, und seine wahre Ausarbeitung beginne erst jetzt. Manche Abmachungen über Landabstufungen seien Änderungen bedürftig, und manche Sicherungsbestimmungen ständen mit der neuen friedlichen Einstellung im Einklang. Die vorgesehene Strafen für die industrielle Wiedergeburt Europas sei schädlich und müßten zum Wohl aller maßvoll gestaltet werden. Der Völkerverbund sei noch unvollkommen und müsse zu einem wahren Werkzeug des Fortschritts umgewandelt werden. Nur so werde die Vernichtung des Militarismus, welche vortrangsmäßig allein vom Feinde durchgeführt werden solle, halb zum Segen und zur Erleichterung auch für die alliierten Völker werden.

Die Erfurter Angelegenheit im Haushaltsausschuß.

Im Staatshaushaltsausschuß der preussischen Landesversammlung wurde heute bei Fortsetzung der Beratung des Haushaltsantrags zunächst die Erfurter Angelegenheit besprochen.

Herr v. Helldorf (Dem.) sprach für ein Mitschlagsminderungsrecht der Beamten in allen dienstlichen Fragen, die sich auf das Personal beziehen, unter Ausschluß aller reinen Personalfragen. Es sei zu bedenken, daß in Erfurt nicht scharf abgegrenzt worden sei, besonders durch Mangelregel der Privatpfeifer. Man müßte nicht diese, Mann und Schläge, belegen werden, auf keinen Fall dürfen sie als Vertrauensmänner in die Diktation.

Der Ministerium wurde erklärt, daß es nach Einkehr der Ruhe in Erfurt Verhandlungen nicht für angängig diene. Auch an der Ausschluß bestimmter Beamten als Vertreter der Beamten der betreffenden Regionen lächlich und lächlich geeignet sei. Das Mitschlagsminderungsrecht der Arbeiter und Beamten diene nicht das Bestimmungsrecht der arbeitgebenden Körperschaften bedingend.

Rügen über manche Sachlage erkannte das Ministerium als berechtigt an und nach der Frage prüfte, ob die Einführung einer beschränkten freien Lohnzahlung möglich sei.

Reumann (Soz.) erkannte die Haltung des Ministeriums in Erfurter Falle an. Die Frage der Lohnsenkung im Güterverkehr müsse erst geprüft werden.

Der Ministerium erkannte die Berechtigung des letzten Bestrebens an, es könne aber einwirkend nicht mehr tun.

Die volle Staatsanwaltschaft würde 4000-5000 Ierre Klagen weniger am Montag bedürften, die wir aber einwirkend wegen der Kohlennot nicht mitteilen können.

Schmedding (Zent.) verteidigt den früheren Minister Breitenbach, der ein neues Herz für Arbeiter und Angestellte gehabt habe. Es sei nicht unbedenklich, daß der Minister von jeder Mangelregel Abstand genommen habe. Er wolle aber die Forderung für das Ministerium anerkennen. Er wolle bedauern, wenn die Einrichtung des Betrains in Erfurt dauernd sein sollte.

Herr v. Helldorf (Dem.) ist der Meinung, daß nach der Resolution die Volksbeauftragten des Staatsbeamten zu viel Rechte gegeben hätten, nämlich alle Rechte der Privatangestellten; das Streikrecht aus wirtschaftlichen Gründen könne er den Staatsbeamten unter keinen Umständen zugestehen.

Kommunistische Schandtat in Breslau.

Breslau, 28. Juni. Ueber den Beginn des Generalstreiks des VI. Kreises wurde...

Der Belagerungsstand wurde verhängt, weil sich die Besatzung drohend.

Verzeihungssache der Kommunisten nachricht hat. Zwar hat der Ausschuss der Streikleitung...

am Hauptbahnhof mehrfach zu Schiererei, so daß der Hauptbahnhof von Regierungskruppen nicht werden mußte. Sämtliche Zugänge wurden gesperrt. Es besteht sogar die Gefahr, daß bei Verhinderung von Zügen durch Arbeitslosigkeit die Schienen angefahren werden. Das Breslauer Rathaus wurde zum Schutz gegen kommunistische Umtriebe von Regierungskruppen besetzt und der Schloßhof durch Sicherheitsmannschaften abgeriegelt.

Infolge Kohlenmangels hat das Elektrizitätswerk Breslau Einzahlungen für den Straßenbahnverkehr und Sperren für die Stromabgabe zu Beleuchtungs- und Gewerbebetrieben angeordnet. Von Dienstag ab werden die Gasleitungen in Breslau vollständig gesperrt werden, falls bis dahin keine Kohlen herankommen. Schon am Sonntag soll der Straßenbahnverkehr in Breslau vollständig ruhen.

Staatskommissar Hering hat gemeinsam mit dem kommandierenden General und dem Kommandanten der Festung Breslau, Generalmajor von Stange, eine Verordnung über die Sicherung des Eisenbahnverkehrs erlassen, deren Wortlaut sich mit dem folgenden Inhalt deckt. Die Einsetzung außerordentlicher Kreisgerichte wurde angeordnet. Eingriffe von der Eisenbahn angeht die Arbeitergruppen haben die bisherige Streikleitung abgesetzt, nur weil sie den Abbruch des Streiks beschlossen hat, und eine neue Streikleitung gewählt. Den verbrecherischen Charakter dieses Treibens bezeugen einige Feststellungen des Staatskommissars. Danach sind 418 Waggon mit für Breslau bestimmten Lebensmitteln nicht weiter befördert worden und damit dem völligen Verderben ausgeliefert.

45 Waggon mit Heringen und Frischmilch, die gleichfalls für Breslau angefaßt waren, blieben in der Nähe von Kottbus liegen. Die Unterbrechung der Milchzufuhr tötete schon vierzig Kindern das Leben!

Die Zusammenrottungen.

Wieslau am Schienen fuam.

WTB. Breslau, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Amlich wird über die Vorgänge am gestrigen Tage u. a. mitgeteilt: Nachmittags zog sich in der Gartenstraße eine größere Menschenmenge zusammen. Dieselbe griffen trotz der wiederholten Warnungen die Volkseute so stark an, daß der Aufruf führende Feldwebel sich gezwungen sah, die Menge, in der sich viele Leute in Schutz nahen, in Armeegruppen zu beordern, zum Auseinandergehen aufzufordern. Die Aufforderung wurde mit Hohn und Schimpfen beantwortet. Nach der 7. und 8. Aufforderung wurden mehrere Warnungsschüsse und dann erst der Befehl zum Fernern gegeben. Beim zum Teil schwerverletzten Personen blieben auf dem Platze. Später reiste an einer anderen Stelle ein Matrope die Menge gegen die bewaffnete Macht an. Die Menge schwoll so schnell an, daß mit einem Durchbrechen der Volkseute gerechnet werden mußte. Auch hier wurde gefoltert, wobei ein Junge verunndet wurde. Mehrere tödliche Verletzungen wurden beobachtet. Im Laufe des Abends wurde es dann ruhiger, so daß die Sicherungen zurückgezogen werden konnten.

Ende des Breslauer Eisenbahnerstreiks.

WTB. Breslau, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Am 28. Juni wurde der Breslauer Eisenbahnerstreik nach einem Sonntag vormittag erneut Verhandlungen leitens der Streikleitung mit dem Reichskommissar stattgefunden. Das Ergebnis war die Zulassung der sofortigen Wiederaufnahme des Betriebes, falls der Reichskommissar bereit wäre, persönlich mit allem Nachdruck für die Forderungen der Arbeiter einzutreten. Der Reichskommissar erklärte sich nach nochmaliger eingehender Prüfung der Sachlage bereit, sich mit seiner ganzen Person für die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner einzusetzen. Alle über das wirtschaftliche Gebiet hinausgehenden Forderungen lehnte er ab. Darauf fanden noch einmal Verhandlungen der Streikleitung statt, aus deren Ergebnis im Laufe des Nachmittags an alle Stellen der Provinz die telegraphische Aufforderung zur sofortigen Wiederaufnahme des Aufendbetriebes und zur Aufnahme der Arbeit in allen Stationen und Nebenverhältnissen für Montag früh 6 Uhr ausgegeben wurde. Der Reichskommissar hat daraufhin davon abgesehen, sich im prägnantem geplant, am Montag vormittag, von der Eisenbahndirektion alle diejenigen Arbeiter nennen zu lassen, welche die Wiederaufnahme der Arbeit verweigert haben.

Unabhängige Hezarbeit.

Die Mehrheit der Eisenbahner für Wiederaufnahme der Arbeit.

WTB. Berlin, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Sonntag vormittag und im Kreis auch eine Verarmung der Eisenbahner mit Arbeiter hat, die sich anfangs überwiegend für Wiederaufnahme der Arbeit ansetzte. Nachdem sich aber der Teil der Beamten zu einem Empfang bei den Reichs-Delegierten hatte, mit der Unabhängigen Reichs-Kommunisten...

